



Dirk Meyer

Europäische Union und Währungsunion in der Dauerkrise

Analysen und Konzepte
für einen Neuanfang

SACHBUCH



Springer

Europäische Union und Währungsunion in der Dauerkrise

Dirk Meyer

Europäische Union und Währungsunion in der Dauerkrise

Analysen und Konzepte für
einen Neuanfang

 Springer

Dirk Meyer
Heikendorf, Deutschland

ISBN 978-3-658-27176-3 ISBN 978-3-658-27177-0 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-27177-0>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2020

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Coverfoto: [stock.adobe.com](https://www.stock.adobe.com)

Coverdesign: deblik Berlin

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Den Bürgerinnen und Bürgern Europas, die für ihre Visionen von einem Zusammenleben in Frieden und Wohlstand ein Fundament aus Rechtsstaat, Demokratie und Gewaltenteilung benötigen, dem eine funktionsfähige Gemeinschaftswährung zur Seite steht.

Vorwort und Danksagung

Das Projekt "Europa" ist ein Friedensprojekt, das auf den Erfahrungen vergangener Kriege und Konflikte gründet. Es beruht auf der Anerkennung der Vielfalt der Völker, der Toleranz unterschiedlicher nationaler Eigenheiten, der Subsidiarität und dem Willen, durch Kompromisse und den Verzicht, nationale Lösungen voranzustellen, ein "Gemeinsames Haus Europa" gestalten zu wollen. Gemeinhin wird dieser Vorgang mit "Integration" bezeichnet und dabei positiv bewertet. Der europäische Binnenmarkt ist in dieser Hinsicht eine gewaltige, über 70 Jahre gewachsene Integrationsleistung in vornehmlich wirtschaftlicher Hinsicht.

Die Einführung der Einheitswährung Euro sollte dieses Integrationsprojekt weiter voranbringen. Die Krise der Europäischen Währungsunion ist jedoch ein Indiz, dass sich ein Mehr an Integration auf der Grundlage unzureichender Vorkehrungen zu einer Spaltung für die Europäische Union entwickeln kann. Entgegen der Meinung, nur eine vertiefende Integration kann Europa aus

VIII Vorwort und Danksagung

dieser Krise herausführen, wird hier eine – allerdings nur scheinbare – Des-Integration vorgeschlagen. Durch die Auflösung der jetzigen Form der Einheitswährung Euro und einer konzeptionellen Neugestaltung als Gemeinschaftswährung soll eine neue, gelingende Integration unterschiedlich entwickelter Wirtschaftsräume vorangebracht werden.

Meine ersten Euro-kritischen Überlegungen habe ich 1999 veröffentlicht. Nachdem es etwa zehn Jahre um den Euro ruhig blieb, habe ich die Arbeiten mit der Krise um Griechenland 2009 intensiv wieder aufgenommen. Ich möchte herzlich Dank sagen Frau Dr. Anja Behrendt und Herrn Dr. Arne Hansen, den Kollegen und Kolleginnen der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, insbesondere Wolf Schäfer, Christian Pierdzioch und Ulrich Hufeld sowie Roland Vaubel, die meine Arbeiten durch kritische Diskussionen begleitet haben und durch die ich viel gelernt habe. Frau Katrin Peemöller danke ich für Ihre Hilfen bei der Manuskripterstellung. Ein ausdrücklicher Dank geht auch an die Begleitung durch den Springer-Verlag, insbesondere durch Frau Dr. Isabella Hanser und Frau Merle Kammann. Für etwaig notwendige Abdruckrechte bedanke ich mich bei verschiedenen Verlagen wie Duncker & Humblot, Walter de Gruyter, Nomos, Verlagsgruppe Fritz Knapp, Springer Nature, Verlag Österreich, Finanzverlag, dem ifo Institut und der Ludwig-Erhard-Stiftung.

Hamburg
im Juni 2019

Dirk Meyer

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	1
Teil I Scheitert die europäische Integration – trotz oder gerade wegen der Alternativlosigkeit?		
2	Die Politik der Alternativlosigkeit: Wie es dazu kam und warum ein Wechsel angeraten ist	9
2.1	Hohe Fehlerkosten durch Alternativlosigkeit	11
2.2	Demokratieverlust und Rechtsunsicherheiten	13
2.3	Zusammenfassung	17
	Literatur	18
3	Die Flüchtlings- und Eurokrise: Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der politischen Handhabung	21
3.1	Offensichtliche Gemeinsamkeiten	22

X Inhaltsverzeichnis

3.2	Unterschiedliche Problemlösungsstrategien	24
3.3	Erklärungsansätze für eine unterschiedliche Handhabung	28
3.4	De facto Bruch des EU-Rechts in beiden Fällen	32
3.5	Rechtsstaat, Demokratie und Gewaltenteilung	41
3.6	Verlust der Irrtumsfähigkeit	45
3.7	Zusammenfassung	49
	Literatur	50

Teil II Die Krisenpolitik und ihre Folgen

4	Niedrigzinsen: Folgen und Gefahren	59
4.1	Die Faktenlage: negativer Realzins	60
4.2	Wirkungen eines Niedrigzinses	62
4.3	Handlungsbedarf?	72
4.4	Zusammenfassung	74
	Literatur	74
5	Nivellierung der Risikoprämien durch die EZB	77
5.1	Politik der Nivellierung der Risikoprämien	78
5.2	Wie effektiv ist diese Politik?	84
5.3	Fehlentwicklungen	88
5.4	Politische Schlussfolgerungen	90
5.5	Zusammenfassung	91
	Literatur	92
6	Negativrenditen bei Unternehmensanleihen: Wie die EZB die Steuerungsfunktion des Kapitalmarktzinses außer Kraft setzt	95
6.1	Money for nothing	95

6.2	Ankauf von Unternehmensanleihen: Eine letzte Stellschraube?	98
6.3	Die ökonomische Steuerungsfunktion des Anleihezinses ...	101
6.4	... führt bei negativen Kapitalmarktzinsen zur Fehlallokation	103
6.5	Weitere Folgen und Konsequenzen	105
6.6	Zusammenfassung	110
	Literatur	111
7	Gibt es bald eine Euro-Parallelwährung? – Zum Vorschlag einer Steuer auf Bargeld	113
7.1	Psychologische Vorbereitung auf negative Sparzinsen oder ernstgemeiner Vorschlag?	114
7.2	Euro-Parallelwährung zur Entkopplung von Bargeld und Sichtguthaben	115
7.3	Analyse und Kritik	118
7.4	Zusammenfassung	121
	Literatur	121
8	Das neue Geldwäschegesetz: Ein erneuter Vorstoß zur Bargeldbeschränkung	123
8.1	Stärkere Regulierung von Bargeschäften	125
8.2	Stärkung des risikobasierten Ansatzes des Geldwäscherechts	127
8.3	Organisatorisch-institutionelle Neuerungen	128
8.4	Führen strengere Regulierungen des Geldverkehrs zu weniger Kriminalität?	130
8.5	Zusammenfassung	133
	Literatur	133

9	Die Umsetzung der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie: Folge der “außergewöhnlichen” Maßnahmen der Geldpolitik	135
9.1	Die EZB und die Lage am Markt für Immobilien und Hypothekenkredite	136
9.2	Zielsetzungen der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie	138
9.3	Ansatzpunkte einer Kreditwürdigkeitsprüfung	140
9.4	Diskriminierung verschiedener Personengruppen	142
9.5	Folgen für die Kreditinstitute: Bürokratieaufwand und Haftungsrisiko	144
9.6	Gesetzliche Nachbesserung	146
9.7	Zusammenfassung	148
	Literatur	149
10	Italienische Bankenrettung: EU-Abwicklungsrichtlinie und ein “italienischer Weg”	153
10.1	Italiens Bankenkrise 2016	154
10.2	Wege der Bankensanierung und -abwicklung	157
10.3	Alternative Lösungswege zur italienischen Bankenrettung	167
10.4	Bewertung des “italienischen Weges” zur Bankenrettung	174
10.5	Zusammenfassung	178
	Literatur	178
11	Schuldenerleichterungen für Griechenland: Ein Überblick bisheriger Entlastungen	183
11.1	Zur Schuldensituation	184

11.2	Die Schuldenerleichterungen zwischen 2012 bis 2017	185
11.3	Vereinbarungen der Eurogruppe zu weiteren Schuldenerleichterungen 2018	192
11.4	Abschätzung des Gesamtvorteils zwischen 2012 bis 2017	197
11.5	Bewertung der Schuldenerleichterungen	199
11.6	Zusammenfassung	202
	Literatur	203

Teil III Agreement on Net Financial Assets (ANFA): Gefahren aus nationalem Zusatzgeld?

12	ANFA: Euro-Geldschöpfung durch die Mitgliedstaaten	209
12.1	Notfall-Liquiditätshilfe (ELA)	211
12.2	Agreement on Net Financial Assets (ANFA)	221
12.3	TARGET2-Salden	235
12.4	ELA, ANFA und TARGET2-Salden im Vergleich	240
12.5	Handlungsoptionen	248
12.6	Zusammenfassung	251
	Literatur	252

Teil IV Reformvorschläge: Der Weg in die Risikovergemeinschaftung?

13	Eurobonds: Eine Weichenstellung für Europa	259
13.1	Eurobonds als wiederkehrender Vorschlag zur Krisenlösung	260

13.2	Rechtliche Bedenken	262
13.3	Einstieg in eine Fiskal- und Haftungsunion	264
13.4	Ordnungspolitische Rechtfertigung	266
13.5	Möglichkeiten einer Ausgestaltung von Eurobonds	268
13.6	Mögliche Vorteile von Eurobonds	270
13.7	Umverteilung, Fehlanreize und Kapitalfehlleitung	273
13.8	Vorgeschlagene Varianten	275
13.9	Zusammenfassung	277
	Literatur	278
14	Europäische Sichere Anleihen: Vergemeinschaftung auf Raten	281
14.1	Zur Bedeutung und Funktionsweise von Europäischen Sicheren Anleihen	282
14.2	Problemaspekte	287
14.3	Alternativen	290
14.4	Zusammenfassung	291
	Literatur	292
15	Europäische Arbeitslosenversicherung	295
15.1	Grundsätzliche Überlegungen	296
15.2	Andor-Plan	298
15.3	Problematische Aspekte	300
15.4	Einstieg in die Sozialunion?	302
15.5	Zusammenfassung	304
	Literatur	304
16	Europäischer Währungsfonds: Zum Vorschlag der EU-Kommission – Konstrukt lässt weitreichende Freiräume zu	307
16.1	Historie des EWF, Vorgehensweise und Anliegen der EU-Kommission	308

16.2	Überleitung des ESM in einen EWF	313
16.3	Veränderte Entscheidungsstrukturen: EU-Finanzminister und EU-Parlament	317
16.4	Nothilfefonds und Letztsicherung für den Bankenabwicklungsfonds (SRF)	321
16.5	Integration weiterer Fonds in den EWF	325
16.6	Der EWF im Spannungsfeld dreier Konfliktlinien	328
16.7	Zusammenfassung	332
	Literatur	333

**Teil V Euroaustritt: Juristisch möglich und
ökonomisch sinnvoll?**

17	Rechtliche Möglichkeiten eines Ausscheidens aus dem Euro und die Rückübertragung der Währungssouveränität	339
17.1	Rechtliche Möglichkeiten eines Ausscheidens aus dem Euro	340
17.2	Rückübertragung der Währungssouveränität und Errichtung eines Währungsstatuts	349
17.3	Zusammenfassung	354
	Literatur	355
 18	 Währungsdenomination: Zur Frage der Schuldwährung in Altverträgen bei Euroaustritt aus deutscher Sicht	 361
18.1	Grundlegende Rechtsbeziehungen	362
18.2	Rechtliche Konsequenzen verschiedener Fallkonstellationen	369
18.3	Umtauschrecht und Umtauschpflicht	376
18.4	Zusammenfassung	378
	Literatur	379

19	Fahrplan eines Euroaustritts: Technische Vorbereitung, rechtliche und praktische Durchführung aus Sicht eines Austrittslandes	383
19.1	Ankündigung und rechtliche Umsetzung	384
19.2	Umstellungsinduzierte Kapitalbewegungen	389
19.3	Desintegrationsinflation und Austrittswettlauf	392
19.4	Logistische Herausforderungen	395
19.5	Austrittskosten	401
19.6	Zusammenfassung	402
	Literatur	403
20	Griechenlands Austritt aus dem Euro: Ein Ablaufszenario	407
20.1	Prüfung der Bedingungen für ein drittes Hilfsprogramm (2015)	408
20.2	Die Staatspleite löst ein Kreditereignis aus	412
20.3	(Drohendes) wirtschaftliches und soziales Chaos in Griechenland	413
20.4	“Geuro” auf staatlicher Schuldscheinbasis	415
20.5	Es stellen sich schnell Probleme ein	417
20.6	Vermögensfundierung der Neä Drachmä	419
20.7	Zusammenfassung	424
	Literatur	425

21	Der Fortbestand der Europäischen Währungsunion wird durch Italien infrage gestellt	429
21.1	Mangel an Potenzial und Motivation: Entzug der Vertrauensgrundlage	430
21.2	Das Trilemma und Handlungsoptionen	433
21.3	Zusammenfassung	436
	Literatur	436
22	Mini-Bots: Ein "Liro" als Parallelwährung für Italien?	439
22.1	Mini-Bots/"Liro" auf staatlicher Schuldscheinbasis	440
22.2	Rent.M – IOU – "Geuro" – "Liro": Ein Vergleich	444
22.3	Werden Italiens Probleme mit dem "Liro" gelöst?	449
22.4	Gefahren für die Eurozone und die EU	452
22.5	Zusammenfassung	456
	Literatur	457
Teil VI Alternativen: Parallelwährung und Vollgeld		
23	Parallelwährungen als Lissabon-konforme Krisenlösung	463
23.1	Zur Ausgangslage	465
23.2	Anforderungskatalog einer Krisenlösung	466
23.3	Zulassung nationaler Währungen parallel zum Euro	469
23.4	Politisch-juristische Umsetzbarkeit	473

XVIII Inhaltsverzeichnis

23.5	Zur rechtlichen Einfügung in die Europäischen Verträge	478
23.6	Vorteile des Konzeptes	487
23.7	Zusammenfassung	500
	Literatur	501
24	Gemeinschaftswährung mit Kaufkraftgarantie auf Kapitalbasis: Das Konzept eines Kapitalfundierten Hart-Euro	507
24.1	Die Idee des kompensierten Golddollar	509
24.2	Kapitalfundierter Hart-Euro: Merkmale und Einführung	511
24.3	Funktionsweise und Stabilitätsbedingungen	518
24.4	Wertsicherungsgarantie und Bilanzierung	525
24.5	Transformation der Geldordnungen	531
24.6	Unabhängigkeit der Zentralbank und die Geldpolitik im KHE-System	537
24.7	Das Geldsystem als Einstieg in die Staatswirtschaft?	540
24.8	Eine neue Geldordnung	545
24.9	Zusammenfassung	549
	Literatur	550
	Stichwortverzeichnis	555

Über den Autor



Prof. Dr. Dirk Meyer hat nach dem Studium der Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftslehre an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 1987 promoviert und 1992 habilitiert. Seit 1994 hat er an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg den Lehrstuhl für Ordnungsökonomik inne. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Ordnungsökonomik, Wettbewerbstheorie und -politik, Sozialpolitik, Europäische Währungsunion, Technischer Fortschritt, Arbeitsmarkt, Gesundheitsökonomie, Non-Profit-Organisationen und die Sozialen Dienste. Er war 2010 an zwei

Verfassungsklagen gegen die Griechenlandhilfe I und den Europäischen Stabilisierungsmechanismus EFSF beteiligt. Zusammen mit seinen Kollegen Thomas Mayer, Gunther Schnabl und Roland Vaubel verfasste er 2018 den Aufruf „Der Euro darf nicht in die Haftungsunion führen“.

Kontakt:

Helmut-Schmidt-Universität
Hamburg

Holstenhofweg 85

22043 Hamburg

E-Mail: dirk.meyer@hsu-hh.de

Homepage: <https://www.hsu-hh.de/ordnung/>

Abkürzungsverzeichnis

ABSPP	Asset Backed Securities Purchase Programme (Programm der EZB zum Ankauf von Vermögenswerten)
AbwMechG	Abwicklungsmechanismusgesetz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AMLC	Anti-Money Laundering Committee
ANFA	Agreement on Net Financial Assets
APP	Asset Purchase Programme (Programm der EZB zum Ankauf von Vermögenswerten)
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
bAV	betriebliche Altersvorsorge
BetrAVG	Betriebsrentengesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BRRD	Bank Recovery and Resolution Directive (Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Finanzinstituten)

XXII **Abkürzungsverzeichnis**

CAC	Collective Action Clause (Anleihen mit integriertem Gläubigerverzicht)
CBPP3	Covered Bond Purchase Programme (Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen)
CSPP	Corporate Sector Purchase Programme (Programm zum Ankauf von Investment-Grade-Anleihen von Unternehmen des Nicht-Finanzsektors)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ECU	European Currency Unit
EFSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (European Financial Stability Facility)
EIB	Europäische Investitionsbank
EJBies	European Junior Bonds
ELA	Emergency Liquidity Assistance (Notfall-Liquidität)
ELAV	Europäische Arbeitslosenversicherung
ESBies	European Safe Bonds
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus (European Stability Mechanism)
ESRB	European Systemic Risk Board (Europäischer Ausschuss für Systemrisiken)
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EWf	Europäische Währungsfonds
EWU	Europäische Währungsunion
EWwu	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
EZB	Europäische Zentralbank
FATF	Financial Action Task Force
FIU	Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen
GEAS	Gemeinsames Europäisches Asylsystem
GfK	Genfer Flüchtlingskonvention
GSPV	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GwG	Geldwäschegesetz

HGB	Handelsgesetzbuch
HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
IFRS	International Financial Reporting Standards (internationale Rechnungslegungsvorschriften für Unternehmen)
IWF	Internationaler Währungsfond
Jhd.	Jahrhundert
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KHE	Kapitalfundierter Hart Euro
LoR	Lender of last Resort (Kreditgeber letzter Instanz)
MOU	Memorandum of Understanding (konditioniertes Auflagenprogramm bei Kredithilfen des Rettungsschirms)
NCWO	No-Creditor-Worse-Off-Prinzip
ND	Neä Drachmä
NDM	Neue Deutsche Mark
NEZB	Nordeuropäische Zentralbank
NZB	Nationale Zentralbanke(n)
OMT	Outright Monetary Transaction-Programm (Programm des Eurosystems zum Ankauf von Staatsanleihen)
PSPP	Public Sector Purchase Programme (Programm zum Ankauf von Staatsanleihen des Euroraumes)
PSV	Pensions-Sicherungs-Verein
Rent.M	Rentenmark
S&P	Standard&Poor's
SMP	Securities Markets Programm (Programm zum Ankauf von Staatsanleihen ausgewählter Staaten des Euroraumes)
SRB	Single Resolution Board (Einheitlicher Abwicklungsausschuss)
SRF	Single Resolution Fund (Einheitliche europäischer Abwicklungsmechanismus)
SRM	Single Resolution Mechanism (Einheitlicher Bankenabwicklungsmechanismus)
SSBS	Sovereign Bond-Backed Securities (strukturierte Wertpapiere)

XXIV**Abkürzungsverzeichnis**

SWP	Stabilitäts- und Wachstumspakt
TARGET	Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
WKM	Wechselkursmechanismus
WKN	Wertpapierkennnummer
WRW	Waren-Reserve-Währung
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion

Abbildungsverzeichnis

Abb. 4.1	Realzinsen für Spareinlagen und Bundesanleihen 1972–2017	61
Abb. 5.1	Renditen 10-jähriger Staatsanleihen 2008–2018	80
Abb. 5.2	Rendite 10-jähriger griechischer Staatsanleihen	81
Abb. 5.3	Rendite 10-jähriger italienischer Staatsanleihen	82
Abb. 11.1	Umfang der Schuldenerleichterungen für Griechenland (2012–2017) inklusive der Vereinbarung v. 22. Juni 2018	198
Abb. 12.1	ELA-Notkredite und monetäre Staatsfinanzierung	215
Abb. 12.2	Kapitalanteil an der EZB und historische ANFA-Ausnahmeregel	225
Abb. 12.3	ANFA-Kennziffern ausgewählter NZBen (Stand 31.12.2015)	228

XXVI **Abbildungsverzeichnis**

Abb. 12.4	Nationales Zusatzgeld der NZBen des Euroraumes und TARGET2-Saldo gemäß dem Ausweis der konsolidierten Bilanz des Eurosystems	243
Abb. 16.1	Europäischer Währungsfonds (EWF) nach Vorschlag der EU-Kommission	316
Abb. 18.1	Austrittsoptionen	366
Abb. 19.1	Fahrplan zum Austritt und der Einführung eines Nord-Euro	385
Abb. 20.1	Vereinfachte Neä Drachmä-Bilanz der Bank von Griechenland	421
Abb. 23.1	Rechtliche Möglichkeiten des Euro als Parallelwährung	479
Abb. 23.2	Vereinfachte Euro-Bilanz der Bundesbank	482
Abb. 23.3	Vereinfachte NDM-Bilanz der Bundesbank	483
Abb. 23.4	Umstellung der Währung und Ausgleichsforderungen	494
Abb. 24.1	Vereinfachte EZB-Bilanz (in Euro)	527



1

Einführung

Am 1. Januar 2019 jährte sich die Einführung des Euro zum 20. Mal. Zum 1. Januar 1999 führten 11 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) den Euro als Buchgeld (Giralgeld) ein, drei Jahre später folgte das Euro-Bargeld. Seither ist der Euroraum auf 19 Mitgliedstaaten gewachsen. Während die überschwänglichen Gründungsfeiern durch die Hoffnungen auf eine integrationsfördernde Einheitswährung getragen wurden, fielen die Feierlichkeiten zum 20-jährigen Bestehen sehr verhalten aus. Zu Recht, denn zeitgleich zum Jubiläumstermin stand der Haushaltsstreit der italienischen Regierung mit der EU-Kommission um die Einhaltung der Defizitregeln auf den Höhepunkt. Zum ersten Mal wurde deutlich ausgesprochen, dass ein Mitgliedsstaat die gemeinsam beschlossenen Regeln zur Stabilitätssicherung der Währungsunion für seinen Haushalt nicht nur nicht einhalten könne, sondern – und das ist neu – sie auch nicht einhalten wolle. Der Fortbestand der

Währungsunion wurde von Italien als Euro-Schergewicht infrage gestellt und der Konflikt zunächst – wieder einmal – notdürftig durch einen Kompromiss befriedet.

Den meisten Beteiligten – Ökonomen, Juristen wie auch Politikern – war bereits vor der Einführung bewusst, dass eine Einheitswährung in einem nicht-optimalen, das heißt strukturell divergenten Währungsraum zu Problemen führen könnte. Im Vordergrund standen deshalb einfache institutionelle Vorkehrungen im EU-Vertrag. Klare Regeln, wie die Nicht-Beistandsklausel (no bail out) und das Verbot der monetären Staatsfinanzierung sowie das Gebot der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB), sollten den Rahmen einer gedeihlichen, verlässlichen Währungsunion bieten. Mit Umverteilungsinstrumenten wie dem Struktur- und Regionalfonds wurde deshalb bereits damals der Notwendigkeit von umverteilenden Hilfen Rechnung getragen.

Der Schein einer insbesondere im Süden prosperierenden Wirtschaft trog für ein ganzes Jahrzehnt. Eine private und staatliche Verschuldung in den mediterranen Staaten zu relativ niedrigen Risikoprämien war im Nachhinein das Indiz einer mangelnden Glaubwürdigkeit des Haftungsausschlusses anderer Mitgliedstaaten für private Banken und Staaten. Ein Doppeldefizit aus hoher Staatsverschuldung und Importüberschüssen wurde erst ab 2010 als Krisenzeichen einer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit wahrgenommen. Bei Wegfall der Stoßdämpfer flexibler Wechselkurse geriet zunächst Griechenland in Liquiditätsnöte. Die Krise wurde 2009 von der griechischen Regierung mit der Offenbarung eines bislang in dieser Höhe verdeckten Staatsdefizits in Höhe von 12,7 % der Wirtschaftsleistung virulent, das bisher lediglich mit 3,7 % angegeben worden war.

Fiskalische Rettungsschirme wurden als Notoperation abseits des EU-Vertrages für Griechenland, Irland und

Portugal aufgespannt. Erst im Nachhinein wurde der EU-Vertrag entsprechend geändert, um den Hilfen eine hinreichende Rechtssicherheit zu geben. Zusätzlich wurden zweifelhafte Eingriffe hinsichtlich des Mandats der EZB für zypriotische, griechische und spanische Banken durchgeführt. Schließlich errichtete die EZB durch ihre Programme der Anleihekäufe monetäre Rettungsschirme für de facto überschuldete Staaten. Alle diese Krisenmechanismen haben das institutionelle Gefüge der Währungsunion in Richtung einer Haftungsvergemeinschaft verändert.

Trotzdem ist gerade für Griechenland und Italien die Staatsverschuldung weiterhin so hoch, dass mittelfristig (weitere) Schuldenerlasse wahrscheinlich sind. Die vermeintlichen Hilfen haben letztendlich notwendige Reformen in den Krisenstaaten verhindert und eine fortwährende wirtschaftliche Stagnation erzeugt. Eine hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit und die Auswanderung von Fachkräften haben das zukünftige Potenzial in diesen Ländern gemindert. Durch die seitens der EZB-Politik mit verursachten Niedrigzinsen werden auch Sparer im Norden zu Leidtragenden.

Die europäischen Integrationsanstrengungen stehen vor einem Scherbenhaufen. Eine verbreitete gesellschaftliche Unzufriedenheit mit den Folgen der Krisenpolitik bis hin zur Androhung eines Euro-Austritts der griechischen (2015) und der italienischen (2018) Regierung haben den Fortbestand der Währungsunion zeitweise infrage gestellt. Die Europamüdigkeit hat teilweise in eine offene Europafeindlichkeit gemündet. Nationalistische und populistische Parteien erhalten Auftrieb und stellen das Erreichte und die EU als Friedensprojekt infrage. Dabei fungiert die Euro-Währungsunion in ihrer jetzigen Verfassung eher als ein Des-Integrationsfaktor, denn als ein verbindendes Element.

Der vorliegende Band liefert Analysen, Hintergründe und Zusammenhänge, die in der Tagespolitik entweder gar nicht zum Tragen kamen oder schnell vergessen wurden. Er endet mit einem zuversichtlich stimmenden Ausblick auf eine mögliche Umstrukturierung der Währung hin zu einer funktionsfähigen Gemeinschaftswährung. Wenngleich die wirtschaftliche Perspektive überwiegt, ist es für eine umfassende Betrachtung unumgänglich, sowohl die politischen Beweggründe der Akteure als auch die juristischen Grundlagen des europäischen Vertragswerkes mit in die Analyse einzubeziehen. Erklärende und vertiefende Hinweise wurden in den Fußnotenapparat geschoben, um den Lesefluss nicht zu stören. Das Buch ist in sechs Teile gegliedert, die jeweils in sich abgeschlossen sind. Insofern ist es durchaus möglich, einzelne Teile separat zu lesen und sich mit der Thematik auseinanderzusetzen, ohne dass für ein Verständnis das Vorwissen aus vorherigen Teilen notwendig wäre.

Teil 1 greift den Status quo der Euro-Alternativlosigkeit auf und analysiert diese Politik als nicht-fehlerfreundlich. Als weiterer politischer Konflikt in der EU wird die Flüchtlingspolitik der Euro-Rettungspolitik gegenübergestellt und dabei Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Handhabung herausgearbeitet. *Teil 2* untersucht die Krisenpolitik und deren Folgen. Die Niedrigzinsen, das neue Geldwäschegesetz und die EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie werden als Folge der "außergewöhnlichen" Maßnahmen der Geldpolitik dargestellt. Augenscheinlich enger mit dem Krisengeschehen verknüpft sind die EU-Abwicklungsrichtlinie, ein "italienischer Weg" der Bankenrettung und die Schuldenerleichterungen für Griechenland – teils im Nachhinein – in Höhe von insgesamt ca. 320 Mrd. Euro. Der Öffentlichkeit kaum bekannt ist das Akronym ANFA, das in *Teil 3* eingeführt wird. Es geht hierbei um ein zunächst geheim gehaltenes

Abkommen der Euro-Mitgliedstaaten, das den nationalen Notenbanken eine eigenständige Euro-Geldschöpfung ermöglicht. Diese Möglichkeit eines nationalen Zusatzgeldes erzeugt Gefahren, die bereits frühere Währungsunionen wie die Kronenzone 1918 zum Zerfall brachten. *Teil 4* thematisiert die derzeit diskutierten Reformvorschläge, die vornehmlich seitens der EU-Kommission und Frankreichs gemacht wurden. Sie alle eint der Weg in die Risikovergemeinschaftung: Eurobonds, Europäische Sichere Anleihen (ESBies), eine Europäische Arbeitslosenversicherung sowie ein Europäischer Währungsfonds (EWF) mit weitreichenden Befugnissen eines Europäischen Finanzministers. *Teil 5* stellt die Frage eines Euroaustritts: Wäre er juristisch möglich und ökonomisch sinnvoll? Neben den verschiedenen rechtlichen Möglichkeiten eines Ausscheidens aus dem Euro und der Rückübertragung der Währungssouveränität wird die Frage der Schuldwährung in Altverträgen bei Euroaustritt angesprochen. Sodann werden die sehr praktischen Probleme anhand eines Fahrplanes für einen Euroaustritt geschildert. Die Wiedereinführung einer nationalen Währung wurde sowohl in Griechenland (Geuro) wie auch in Italien (Mini Bots, Liro) diskutiert. Die entsprechenden Konzepte werden analysiert und bewertet. Im abschließenden *Teil 6* werden zukunftsweisende, praktikable und die Integration befördernde Alternativen vorgestellt. Zum einen mindert eine Parallelwährung den "Einheitsdruck", denn durch die Möglichkeit einer Abwertung kann kurzfristig die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes gesteigert werden. Zum anderen wird die Umwandlung des Fiat-(Papier-)Geldes in einen Euro mit Kaufkraftsicherung und Kapitalfundierung ähnlich einer Warengeld-/Goldwährung aufgezeigt. Letzteres Konzept bedarf jedoch noch weiterer Forschungsarbeit und soll hier nur vom Grundsatz her dargestellt werden.